

Die verlogene Diskussion ums Bürgergeld

Friedensinitiative Mainz



Der Haushalt der Bundesregierung für das Jahr 2025 sieht Kürzungen im Bereich des Bürgergeldes vor: „Deutliche Einsparungen sind bei den Kosten für das Bürgergeld geplant: Im Entwurf vorgesehen sind 25 Milliarden Euro. Für 2024 waren noch 29,7 Milliarden Euro vorgesehen.“ (Quelle: Deutscher Bundestag)

Der Anteil der Ausgaben für das Bürgergeld am gesamten Bundeshaushalt betrug 2024 gerade mal 5,88%. Im Vergleich dazu lagen die Ausgaben des Bundesministeriums für Verteidigung bei mehr als 10% und damit doppelt so hoch wie die Ausgaben für das Bürgergeld. Für 2025 ist geplant, die Ausgaben für das Bürgergeld um ein Sechstel zu reduzieren und gleichzeitig die Ausgaben bei der Verteidigung weiter zu erhöhen auf dann 12,5% des gesamten Haushalts. Darüber hinaus hat sich die Regierung durch die Auflage des Sonder“vermögens“ die Möglichkeit erkauft, die sogenannten Verteidigungskosten durch Schulden zu finanzieren – was auch immer es kostet („What ever it takes!“).

Und weitere Kürzungen beim Bürgergeld stehen an. So titelte der Münchener Merkur vor einigen Tagen: „Merz plant Bürgergeld-Reform: Ab 2027 könnten für Empfänger Zwangsumzüge drohen“. Bleibt die Frage, wohin die Menschen denn umziehen sollen, wenn es keinen bezahlbaren oder gar günstigen Wohnraum mehr gibt. Oder auch, wovon Bürgergeld-Beziehende höhere Anteile an den Wohnkosten zahlen sollen, wenn schon jetzt am Ende des Monats kein Geld mehr übrig ist und allein der Gang zur Tafel das Überleben sichert. Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen – alle, auch Menschen mit „normalem“ Einkommen, spüren das.

Zeitgleich wird eine Debatte losgetreten, die da heißt: den Bürgergeld-Beziehenden geht es noch viel zu gut und sie fallen Allen zur Last, weil sie zu faul zum Arbeiten sind. Das sind altbekannte Stereotype, die wir seit Urzeiten kennen. Glaubt ernstlich jemand, dass Einsparungen in diesem Bereich (s.o.: noch nicht mal 6% des gesamten Haushaltes) irgendjemandem helfen würden? Oder umgekehrt, dass es ein Spaß und eine Freude ist, auf die Tafel angewiesen zu sein? Solche Debatten aber machen Sinn, wenn von anderen Themen abgelenkt werden soll. Wodurch ist es zu rechtfertigen, wenn 16 Millionen Euro im Jahr dafür ausgegeben werden, damit der Bundespräsident für die Dauer der Renovierungsarbeiten in seinem „Schloss Bellevue“ woanders schön residieren kann? Um es deutlich zu sagen: die 16 Millionen sind lediglich die zusätzlichen Wohnkosten, die anfallen. Im Jahr.

Abgelenkt werden soll auch davon, dass über eine Steuererhöhung bei den Reichen und Superreichen und Supersuperreichen die SPD zwar leise spricht, sich aber sicher sein kann, dass der Koalitionspartner das nicht mitmachen wird.

Der Elefant im Raum ist nicht das Bürgergeld sondern die Ausgaben für Rüstung. Dafür werden Schulden gemacht, von denen heute keiner sagen kann, wer diese in Zukunft abzahlen soll.

Im übrigen ist die Zahl der Empfänger von Bürgergeld im Vergleich zu 2024 zurückgegangen von 5,56 Millionen in 2023 und 2024 auf jetzt 5,48 Millionen (knapp 4 Millionen davon sind erwerbsfähig). Unter diesen 5,48 Millionen gibt es – nach Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit – gerade mal 16.000 sogenannte Arbeitsverweigerer. Und für die gibt es einen bunten Strauß an Sanktionsmöglichkeiten, von denen die Behörden Gebrauch machen können. (Randbemerkung: kein Mensch weiß, wie viele dieser 16.000 aufgrund von psychischen Beeinträchtigungen und seelischen Behinderungen nicht in der Lage sind, der geforderten Mitwirkungspflicht nachzukommen.)

Eine Debatte über das Bürgergeld an sich zu führen und Kürzungen das Wort zu reden, ist schäbig. Vor allem angesichts der Dreistigkeit, Rüstungsausgaben in nie gekanntem Ausmaße in die Höhe zu treiben statt auf Diplomatie und Verständigung zu setzen.

Das Schüren sozialer Konflikte ist ein Spiel mit dem Feuer. Die damit einhergehende weitere Spaltung der Gesellschaft macht die stärker, gegen die doch angeblich eine Brandmauer gezogen werden soll. Tatsächlich aber wird gezündelt, was das Zeug hält – innenpolitisch wie außenpolitisch.